

25 Thesen zu 25 Jahren Deutscher Einheit und Wiedergründung des Freistaates Sachsen

Das Jubiläum der Deutschen Einheit und die unmittelbar in diesem Zusammenhang stehende Wiedergründung des Freistaates Sachsen sind Anlass zu einem dankbaren Rückblick und einem hoffnungsvollen Ausblick auf den weiteren Weg unseres Landes:

1. Eine wesentliche Voraussetzung für die Einheit Deutschlands und die Wiedergründung der neuen Bundesländer war die Friedliche Revolution. Sie war Teil des Systemwechsels, der sich 1989 in Mittel- und Osteuropa Bahn brach und die friedliche Einigung Europas ermöglichte.

2. Initiatoren der Überwindung der deutschen Teilung waren mutige Menschen in der DDR, die im Herbst 1989 mit den Rufen „Keine Gewalt“ und „Wir sind das Volk“ gegen die SED-Herrschaft aufstanden und die Diktatur stürzten. Seit 1945 hatte es Opposition und Widerstand gegen die Errichtung einer kommunistischen Diktatur im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands gegeben, der seinen Höhepunkt im Volksaufstand vom 17. Juni 1953 fand. Ab den 1980er Jahren traten zunehmend Bürgerrechtler für Demokratie und gegen das SED-System auf.

3. Die Kirchen waren eine Brücke im geteilten Deutschland. Sie boten in der DDR Raum für eigenständiges Denken, Reden und Handeln. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zum Werden und Verlauf der Friedlichen Revolution. Von der durch die evangelischen Kirchen einberufenen Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sowie den Friedensgebeten ausgehend,

sahen sich viele Menschen in besonderer Weise ermutigt, ihren Protest und ihren Widerstand in die Öffentlichkeit zu tragen.

4. Auf den Leipziger Montagsdemonstrationen wurde bereits Mitte November 1989 eine schwarz-rot-goldene Fahne mit sächsischem Wappen und die weiß-grüne Fahne Sachsens gezeigt. Sächsische Demonstranten forderten deutlich, dass die drei Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig künftig als Bundesland Sachsen Teil des wiedervereinigten Deutschland werden sollten. In Plauen waren Forderungen nach der Deutschen Einheit schon im Oktober 1989 öffentlich erhoben worden.

5. Mit dem durch die Menschen in der DDR erzwungenen Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 hatte der Veränderungsprozess in der DDR zusätzliche Dynamik und eine völlig neue Option erhalten. Die deutsche Frage wurde über Nacht wieder zu einem Thema der Weltpolitik. Aus der anfänglichen Forderung nach Reisefreiheit wurde sofort nach der Beseitigung der innerdeutschen Grenze die Vereinigungsforderung „Deutschland, einig Vaterland“. Auf den Montagsdemonstrationen waren ab Anfang Dezember 1989 immer mehr Deutschlandfahnen zu sehen.

6. Die Einheit war in beiden deutschen Staaten keinesfalls unumstritten. Der von Berliner Schriftstellern und Künstlern verfasste Aufruf „Für unser Land“ plädierte für den Erhalt der DDR als „sozialistische Alternative“ und den Fortbestand der Zweistaatlichkeit. Er wurde von über einer Million Menschen unterschrieben. Die Ablehnung des Aufrufs im Süden der damaligen DDR war massiv. In einem Gegenaufruf aus Plauen beispielsweise hieß es: „Lasst uns also endlich etwas für die Menschen

in unserem Land tun, und denken wir endlich europäisch. Denn wir sind und bleiben ein Volk!“

7. Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes war in Westdeutschland im Jahr 1989 in der Politik und in der Öffentlichkeit kaum noch präsent. Vor allem aus der bundesrepublikanischen Linken und aus intellektuellen Kreisen kamen erhebliche Vorbehalte gegen die Einheit. Ausdruck des gesamtdeutschen Anspruchs des Grundgesetzes blieb die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft. Insgesamt über 4 Millionen Menschen entzogen sich der Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR durch Flucht über die militärisch gesicherte Grenze oder Ausreise. Die Ausreisebewegung der 80er Jahre lässt sich in der Rückschau als größte „Bürgerbewegung“ bezeichnen. Die Menschen, die in der DDR bleiben wollten, sahen sich zunehmend stärker in der Pflicht, für Veränderungen einzutreten.

8. Der Druck der Straße, der stufenweise Machtverlust der SED, die Erkenntnis, dass die DDR wirtschaftlich, finanziell und ökologisch am Ende war, sowie die Ablehnung eines militärischen Eingreifens durch Michail Gorbatschow ließen den gewaltbereiten Unterdrückungswillen der SED-Machthaber gegen ihr Volk schwinden und zwangen auch sie zur strategischen Annäherung an den einstigen Klassenfeind Westdeutschland.

9. In dieser Situation zeigte das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers Helmut Kohl vom 28. November 1989 den innen- und außenpolitischen Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten. Der Auftritt Kohls am 19. Dezember 1989 an der Ruine der Frauenkirche in Dresden wurde zu einem eindrucksvollen Bekenntnis für

die Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit, das auch international große Beachtung fand.

10. Die Vereinigungspolitik der von Bundeskanzler Kohl geführten Bundesregierung fand innenpolitisch großen Zuspruch und war eine außenpolitische Meisterleistung. Das Zeitfenster für die Einheit Deutschlands war nur kurz geöffnet. Dies gilt vor allem für die deutschen Verhandlungen mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und insbesondere mit der Sowjetunion über die Bereitschaft, eine freie deutsche Entscheidung über die Bündniszugehörigkeit und einen Abzug der Westgruppe der sowjetischen Armee aus Deutschland zu akzeptieren.

11. Das Ergebnis der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR vom 18. März 1990 war quasi ein Volksentscheid für die schnelle Vereinigung. Die hohe Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent zeigt, dass der DDR-Bevölkerung die Grundsätzlichkeit dieser Entscheidung bewusst war.

12. Vertreter des alten SED-Staatsapparates der Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig hatten – wie auch sonst in der damaligen DDR – versucht, den Prozess der Länderbildung mit einem eigenen Verfassungsentwurf zu dominieren, um so die alten regionalen Apparate in die künftige demokratische Landesverwaltung zu überführen. Nur in Sachsen verhinderten die neuen demokratischen Kräfte, vor allem Vertreter des Runden Tisches Dresden, dies und nahmen den Prozess selbst in die Hand. Die Dresdner „Gruppe der 20“ hatte bereits im März

1990 einen ersten Entwurf einer neuen sächsischen Landesverfassung veröffentlicht.

13. Am 23. April 1990 brachen die Karl-Marx-Städter durch einen Bürgerentscheid zur Rückbenennung der Stadt in „Chemnitz“ mit der SED-Ideologie, knüpften an ihre sächsische Geschichte an und besannen sich damit auf ihre eigene Identität.

14. Im Ergebnis der freien Kommunalwahl vom 6. Mai 1990 existierten nun auch demokratisch legitimierte Gemeindevertretungen, Bürgermeister und Landräte, die eine Kommunale Selbstverwaltung aufbauen und an der Basis die erwartete Deutsche Einheit und Wiedergründung des Freistaats Sachsen vorbereiten konnten. Viele Akteure der Friedlichen Revolution beteiligten sich aktiv am staatlichen Neuaufbau Sachsens.

15. Am 1. Juli 1990 trat die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft und gab den DDR-Bürgern die Gewissheit, dass die Einheit Realität werden wird. Die Drohung der Demonstranten: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“ zeigte die Unausweichlichkeit dieser Entscheidung. Auch der volkswirtschaftlich umstrittene Umtauschkurs von 1:1 der Mark der DDR in D-Mark wurde von hunderttausenden Demonstranten gefordert. In Konsequenz dieses Umtauschkurses erhöhten sich Löhne, Gehälter und Renten in Ostdeutschland faktisch auf das Dreifache.

16. Die neue marktwirtschaftliche Ordnung hatte in der ehemaligen DDR Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit und den Abriss veralteter Industrieanlagen zur Folge. Die Menschen im Osten Deutschlands

hatten trotz massiver finanzieller Unterstützung des Bundes und der Länder für den „Aufbau Ost“ schwere Belastungen und Unsicherheiten zu meistern, deren Auswirkungen teilweise bis heute spürbar sind.

17. Am 23. August 1990 stimmten die Volkskammerabgeordneten mit großer Mehrheit und gegen die Stimmen der SED-Nachfolgepartei PDS für den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990. Die rechtliche Ausgestaltung der deutschen Wiedervereinigung regelte der Einigungsvertrag vom 31. August 1990, der von Bundestag und Volkskammer am 20. September 1990 ratifiziert wurde.

18. Der am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnete Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den vier Siegermächten machte außenpolitisch den Weg für die Wiedervereinigung frei. Er hatte die Qualität eines Friedensvertrages mit Deutschland, auf den sich die vier Siegermächte nach 1945 nicht einigen konnten. Die deutsche Selbstbestimmung wurde von den vier Siegermächten anerkannt; sie verzichteten damit auf ihre Rechte in Berlin und auf Deutschland als Ganzes.

19. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990 beendete die über vier Jahrzehnte andauernde Teilung. Deutschland war nach 45 Jahren wieder ein souveräner Staat.

Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ und die Einheit Deutschlands beendeten die politische Spaltung des Kontinents in zwei gegnerische Blöcke. Die friedliche Einigung Europas bekam eine realistische Perspektive.

20. Am Tag der Deutschen Einheit trat auch das Ländereinführungsgesetz in Kraft. Zahlreiche Parteien, Verbände und Vereine hatten bereits im Vorgriff auf die erwartete Bildung des Bundeslandes Sachsen eigene sächsische Organisationsstrukturen geschaffen. Auf der Albrechtsburg in Meißen wurden die Deutsche Einheit und die Bildung des Landes Sachsen in einem gemeinsamen Festakt begangen. So wurde nach fast vierzigjähriger Unterbrechung die Tradition sächsischer Landesgeschichte wieder aufgenommen.

21. Nach der Landtagswahl am 14. Oktober 1990 konstituierte sich der Landtag am 27. Oktober 1990 und beschloss, dass das Land Sachsen die Bezeichnung „Freistaat Sachsen“ tragen soll. Die am 26. Mai 1992 verabschiedete sächsische Verfassung nahm in ihrer Präambel ganz bewusst Bezug auf die Friedliche Revolution und den konziliaren Prozess der Kirchen mit den Grundwerten Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

22. Wesentliche Ziele der Friedlichen Revolution – Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft sowie Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit – sind in den vergangenen 25 Jahren Wirklichkeit geworden. Viele Früchte sind sichtbar. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden mehrheitlich gelebt. Sachsens Innenstädte sind saniert, die Wirtschaft funktioniert. Die Überwindung der Teilung in den Köpfen ist ein andauernder Prozess. Dafür ist auch eine Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und deren Folgen bis heute unverzichtbar. Regionale Vielfalt mit der Erinnerung an Sachsens Geschichte und seine heutige Stellung in Deutschland und Europa machen Mut, die Zukunftschancen unseres Landes beherzt zu ergreifen. Vom vereinten Deutschland erwarten die Völker, dass es seine

gewachsene Rolle für Frieden und Freiheit in der Welt mit den Erfahrungen einer erfolgreichen Friedlichen Revolution wahrnimmt.

23. Das Verständnis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Akzeptanz der repräsentativen Demokratie sind auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands bei Teilen der sächsischen Bevölkerung zu schwach ausgeprägt. Insbesondere die politische Streitkultur ist defizitär. An die Stelle von offener, fairer und respektvoller Auseinandersetzung tritt allzu häufig Radikalismus bis hin zu offenem Hass und Gewaltbereitschaft.

24. Die 1989/90 neu errungene Freiheit und Rechtsstaatlichkeit müssen bewusst gelebt werden. Als unveräußerliche Werte unserer demokratischen Ordnung, die für jedermann gelten, sind sie gegen extremistische Positionen zu verteidigen. Alle gesellschaftlichen Akteure, besonders Politiker, Medien und Bildungsträger sind aufgerufen, den derzeitigen Ursachen für Wahlmüdigkeit, Politikverdrossenheit und zunehmendes Misstrauen in das Funktionieren der Demokratie und ihrer Institutionen sowie politisch motivierter Gewalt entgegenzuwirken.

25. Über mehr als vier Jahrzehnte schien Vielen das Ziel der Deutschen Einheit unrealistisch. Durch die Friedliche Revolution in der DDR wurde das Unmögliche denkbar. Nach den Schrecken von Weltkriegen und Diktaturen ist die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ein besonders glücklicher Moment der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Rückblickend haben wir trotz der Probleme, die das demokratische Aushandeln von gesellschaftlichen Konflikten mit sich bringt, allen Grund, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Wiedergründung des Freistaates Sachsen zu feiern und an den Weg

dahin zu erinnern sowie die damit verbundenen Werte zu bewahren und in die Zukunft zu führen.

Mitglieder der Expertenkommission zur Beratung der Sächsischen Staatsregierung

Dr. Nancy Aris – Stellvertretende Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Dr. Martin Böttger – Vorsitzender des Martin-Luther-King-Zentrums für Gewaltfreiheit und Zivilcourage, Werdau

Prof. Dr. Rainer Eckert – Direktor Stiftung Haus der Geschichte / Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Siegfried Hoche – Leiter Ratsarchiv Stadtverwaltung Görlitz

Tobias Hollitzer – Leiter der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker, Leipzig

Bernd Müller-Kaller – Landesvorsitzender Sachsen der VOS – Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Ordinariatsrat Christoph Pötzsch – Beauftragter der Katholischen Bistümer beim Freistaat Sachsen

Siegfried Reiprich – Geschäftsführer Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft

Frank Richter – Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Wolfgang Sachs – Vorsitzender der Projektgruppe Wende-Denkmal Plauen

Regina Schild – Außenstellenleiterin Leipzig des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Andreas Schönfelder – Leiter der Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V.

PD Dr. Mike Schmeitzner – Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Uwe Schwabe – Vorstandsvorsitzender Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.

Oberkirchenrat Christoph Seele – Beauftragter der Evangelischen Kirchen beim Freistaat Sachsen

Prof. Dr. Gerd Strohmeier – Professur für „Europäische Regierungssysteme im Vergleich“ an der TU Chemnitz

Dr. Herbert Wagner – Oberbürgermeister a. D. der Landeshauptstadt Dresden, Vorsitzender Erkenntnis durch Erinnerung e.V.

Hansjörg Weigel – Initiator Christliches Friedensseminar Königswalde

Prof. Dr. Manfred Wilke – Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung Graz

Dresden, 18. September 2015